

Wahlforderungen der LIGA Frankfurt (Oder) für eine sozial gerechte Gesellschaft

I - Armut überwinden

Unsere Forderungen:

- niedrigschwelligen Zugang zu den gesetzlichen Leistungen gewährleisten
- Leistungen des Bundespaktes Bildung und Teilhabe (BuT) vollumfänglich und unverzüglich für alle leistungsberechtigten Familien zugänglich gestalten
- den Frankfurt-Passes weiterentwickeln, um damit auch Leistungen des Bildungs- und Teilhabepaketes (BuT) in Anspruch nehmen zu können
- sozialräumlich orientierte Arbeit in den Ortsteilen Stadt ausbauen
- Altersarmut und Einsamkeit entgegenwirken
- Schuldnerberatungsstellen und anderen Beratungsangebote in Krisensituationen erhalten und stärken
- Kinderarmut entgegenwirken - Chancengleichheit fördern
- kostenloses und gesundes Essen in Kitas und Schulen bereitstellen

II – Die Ortsteile stärken

Unsere Forderungen:

- lokale Projekte unterstützen, die das Gemeinwesen fördern
- mehr Treffpunkte in den Ortsteilen etablieren
 - für Jugendliche
 - für Familien
 - für Senior*innen
- jeder Ortsteil benötigt Orte zur Begegnung, Beratung und Stärkung der demokratischen Zivilgesellschaft
- gute Anbindungen mit dem öffentlichen Nahverkehr gewährleisten, um Teilhabe am öffentlichen und kulturellen Leben zu sichern
- schnelles, störungsfreies Internet für Arbeit, Bildung, Teilhabe überall bereitstellen

III – Geflüchtete integrieren

Unsere Forderungen:

- kommunale und subsidiär aufgestellte Beratungsangebote für Geflüchtete erhalten und stärken
- gleichen Zugang zu Bildung, Gesundheit, Wohnen und Arbeit unabhängig vom Aufenthaltsstatus gewährleisten
- Gelegenheiten schaffen und Projekte fördern, um die deutsche Sprache zu üben
- vorhandene Angebote im Quartier interkulturell ausrichten und mit Angeboten der Sprach- und Kulturmittlung unterstützen
- verlässliche und niedrigschwellige Erreichbarkeit der zuständigen Behörden sichern
- schnelle und verlässliche Bearbeitung von Anträgen gewährleisten
- unabhängige Asylverfahrensberatung erhalten und stärken
- Möglichkeiten dezentraler Unterbringung für Geflüchtete inklusive geschlechtersensibler und diversitätsgerechter Unterbringung vorhalten
- Migrationssozialarbeit in Bildungs- und Betreuungseinrichtungen mit Schwerpunkt geflüchteter Kinder/Jugendlicher und deren Familien aufbauen

IV - Qualität für Kitas, Schulen und Jugendeinrichtungen ausbauen

Unsere Forderungen:

- das Recht auf gute KITA umsetzen
- Einführung eines neuen KITA-Gesetzes für Brandenburg, welches Rechtssicherheit bietet und klare Zuständigkeiten in der Finanzierung regelt, fordern
- frühkindliche Bildung zu 100% fördern
- Betreuungsschlüssels in den Kitas verbessern und die tatsächlichen Betreuungszeiten in Kitas finanzieren
- Kiez-Kitas erhalten und deren Strukturen möglichst ausbauen
- mitreden, mitentscheiden, mitgestalten: Partizipation der Kinder und Jugendlichen sicherstellen

V - Inklusion – Ja, aber richtig!

Unsere Forderungen:

- Wunsch- und Wahlrecht für Teilhabe- und Unterstützungsleistungen gewährleisten
- Infrastruktur, Bildungs- und Freizeitangebote so gestalten, dass tatsächlich alle teilhaben können
- bedarfsgerechte Angebote zur Teilhabe am Arbeitsleben ergebnisorientiert und bedarfsgerecht weiterentwickeln und zugleich deren Qualität und Wirksamkeit zu verbessern
- Anlaufstellen und Beratungsangebote zur Teilhabe und Angebote zwischen arbeitssuchenden Menschen mit Beeinträchtigungen und Arbeitgeber*innen erhalten, entwickeln und fördern
- Anträge für gesetzliche Leistungen in Leichter und/oder einfacher Sprache vorhalten
- Fortschreibung von Planungsprozessen (Pflegestrukturplanung, Seniorenplanung...) inklusiv gestalten
- bessere Versorgung von Menschen mit psychischen Erkrankungen sichern

VI - Subsidiaritätsprinzip erhalten und stärken

Unsere Forderungen:

- Subsidiaritätsprinzip als Struktur für einen föderalen Aufbau des Gemeinwesens begreifen
- Ausschreibungsverfahren abschaffen und Interessenbekundungsverfahren auf Grundlage von lebenswelt-orientierten Konzepten einführen
- Grundversorgungsangebote wie die Sucht- und Schuldnerberatung für Kommunen rechtlich verpflichtend umsetzen und sichern
- Projektfinanzierungen langfristig anlegen, um für Ratsuchende eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Beratenden auf der Basis langjähriger Verträge zu gewährleisten
- auf verpflichtende Eigenmittel durch die Träger verzichten - der Dienst am Menschen und die Qualität der Leistung stehen im Mittelpunkt
- steigende Anforderungen der Beratungsleistungen anerkennen und entsprechend ausfinanzieren

VII - Gute Pflege – gut für alle

Unsere Forderungen:

- Rahmenbedingungen zur Stärkung der ambulanten, häuslichen und teilstationären Versorgung von pflegebedürftigen Menschen schaffen
- Versorgung aller Menschen durch die Unterstützung und Förderung neuer Versorgungskonzepte sicherstellen
- steigende Eigenanteile in der Pflege und somit Altersarmut verhindern - Einführung einer solidarischen Pflegevollversicherung fordern
- den Pflegeberuf für junge Menschen durch gute Arbeitsbedingungen und Angleichung der Gehälter in der Pflege attraktiv ausgestalten
- Digitalisierung mit Augenmaß umsetzen, die nicht zu Mehrbelastungen oder Ausgrenzungen führt
- Mitarbeitende in der Pflege, deren Arbeit und Pflege allgemein gesellschaftlich anerkennen und wertschätzen

VIII – Wohnen für alle bezahlbar machen

Unsere Forderungen:

- aussagekräftige Statistiken über die tatsächliche Anzahl wohnungsloser Menschen als Planungsgrundlage erstellen
- ausreichenden Bestand an Sozialwohnungen und kostengünstigem Wohnraum in der Kommune vorhalten
- begleitende und aufsuchende Hilfen zur Vermeidung von Wohnungsverlusten etablieren und stärken
- für wohnungslose Jugendliche und junge Erwachsene Schnittstellen und Übergänge zwischen den Hilfesystemen bedarfsgerecht gestalten / tatsächliche Bereitstellung der Hilfen nach § 41 SGB VIII für junge Erwachsene bis 27 Jahre durch die zuständigen Leistungsträger des SGB VIII sichern
- adäquaten Wohnraum für Wohngruppen vorhalten - stationäre Unterbringung bedarfsgerecht und integrativ zulassen
- gut zu erreichende Notunterkünfte schaffen, die rund um die Uhr zur Verfügung stehen. Diese müssen diversitätsgerecht sein und besonderen Schutz für Frauen bieten
- geschlechtssensibles Beheimatungskonzept für Obdachlose, die auf dauerhafte Betreuung angewiesen sind, entwickeln und vorhalten
- Integration von Geflüchteten in Wohnvierteln zulassen und fördern (Quartiersmanagement, Integrationshelfer...)
- Beratung und Bürokratieabbau (Wohnberechtigungsschein...) fördern

IX – Freiwilliges Engagement krisenfest stärken

Unsere Forderungen:

- Vernetzung von Engagement Einrichtungen, Zivilgesellschaft, Verwaltung und Wirtschaft auf der lokalen Ebene fördern, um Ressourcen und Kräfte zu bündeln sowie Synergien zu nutzen
- bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt stärker anerkennen
- für Formen und Wirkungen des Ehrenamts in seiner Bandbreite von spontaner Nachbarschaftshilfe bis zur Mitwirkung in Vereinen und Gremien sensibilisieren
- Engagierte in ihrer gesellschaftlichen Vielfalt ohne Diskriminierung, Rassismus oder andere Formen der Exklusion wertschätzen
- Engagement-Infrastruktur stärken